

**Bezugspreis:** für das Jahr und einmündige Bezugs monatlich Mk. 2,00, einschließlich Post Mk. 2,20 für Barm. Durch die Post bezogen monatlich 1,70 Mk. **Verkaufspreis:** für das Jahr und einmündige Bezugs monatlich Mk. 2,00, einschließlich Post Mk. 2,20 für Barm. Durch die Post bezogen monatlich 1,70 Mk. **Verkaufspreis:** für das Jahr und einmündige Bezugs monatlich Mk. 2,00, einschließlich Post Mk. 2,20 für Barm. Durch die Post bezogen monatlich 1,70 Mk. **Verkaufspreis:** für das Jahr und einmündige Bezugs monatlich Mk. 2,00, einschließlich Post Mk. 2,20 für Barm. Durch die Post bezogen monatlich 1,70 Mk.

## Der Ruf nach den Neuwahlen

### Neueste Tagesnachrichten

\* **W. Z. B.** veröffentlicht eine Erklärung zur Unterbrechung der Steuerangelegenheit Ergraber, trotzdem das Verbot nicht abgehoben ist. Danach soll der Reichsminister der Finanzen wissenschaftlich unrichtige Angaben mit der Absicht der Steuerhinterziehung nicht gemacht haben.

\* Die **Wiedereröffnung** der Kommission hat beschlossen, den Widerspruch an Deutschland die Währungsverhältnisse vom November 1918 zugrunde zu legen.

\* Der **akademische Senat** der Berliner Universität hat den Prof. Nikolai einstimmig als zur Ausübung der Rechte befähigt unanwählbar bezeichnet.

\* Wegen des **Flagenverbots** für die zweite Zone haben die deutschen Vertreter der Internationalen Kommission in Galeswig ihre Bemerkungen niedergelegt.

\* **Chamberlain** teilte im Unterhause mit, daß die englisch-holländische Antike von 5 Millionen Dollars in Amerika nicht erneuert werden soll.

### Die Valuta-Anleihe gesichert

(Eigene Drahtmeldung des „S.“)

Am Sonntag sind die Verhandlungen der Allierten über die in Deutschland zu bewilligende internationale Anleihe formell abgeschlossen worden. Die Anleihe wird unter Bedingungen und Sicherheiten an Deutschland gegeben, über die in Paris fortgesetzt verhandelt wird.

### Konflikt in Stensburg

Stensburg, 9. März.

Die fünf deutschen Vertrauensleute bei der Internationalen Kommission für Nordisches Holz gehen unter der Anführung des Däneparties begünstigt wurde, ihre Bemerkungen niedergelegt.

### Erzbergers Steuerangelegenheit

Eine Mitteilung der Regierung.

W. Z. B. berichtet heute folgende Punkte: Die Unterbrechung der Steuerangelegenheit des Reichsministers der Finanzen Erzberger ist auf Grund der Berichtsbürokratie über den Erwerb Erzberger-Geldmittel und der Angaben in dem in der Sonntagsausgabe der „Sonnenschein“ vom 8. Februar erschienenen Artikel vom Landesfinanzamt Charlottenburg mit der größten Gründlichkeit und Verschonung geprüft worden. Obwohl die Unterbrechung in einem Nebenpunkte nicht abgehoben ist, kann doch schon heute festgestellt werden, daß der Reichsminister der Finanzen in seiner Steuererklärung wissenschaftlich unrichtige Angaben mit der Absicht der Steuerhinterziehung nicht gemacht hat.

Das endgültige Ergebnis wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

In dem seitigen auch von uns veröffentlichten Artikel war Erzberger folgendes vorgekommen: Er hatte 1916 ein Einkommensvermögen von nur 100000 Mk. deklariert, trotzdem er im Mai 1916 dem Reichsminister der Finanzen angebotene und daher allein ein festes Jahreseinkommen von 40000 Mk. bezog. Für das Jahr 1915 habe er ein Einkommen auf 40000 Mk. deklariert, obwohl lediglich seine Bezüge des Jahres angegeben. Dann hieß es weiter:

Er hat bei dem von ihm selbst im Prozesse angegebenen, im Jahre 1916 gemachten Gewinn aus der Cessellöhne flüssige Luft mit 78000 Mk. der Steuerbehörde vorgehalten, bezahlten sein Einkommen aus den Bezugsbüros, Geschäftsbüros und seine sonstigen Einkommen. Am Sonntag 1918 deklarierter Erzberger aus gleichmindernder Veräußerung ein Einkommen von 20500 Mk. Die Steuerbehörde legte durch einstimmigen Beschluß der Vermögenskommission das steuerpflichtige Einkommen aus gleichmindernder Veräußerung auf 40000 Mk. fest. Für dieses Jahr hieß es noch der der Jahre von 8. Juli 1918 mindestens 40000 Mk. aus der öffentlichen Aufschätzungsstellung deklarieren müssen, die er im Jahre 1917 noch bloß bezogen hatte; unter 7000 Mk. als Nebenverdienst der aus der Aufschätzungsstellung der Bezugsbüros zu erwartende Einkünfte.

Das durch den Berichtsbürokratie der Regierung der Fällung des Jahres 1918 noch aufstehenden Einkommen, die sich nach der Aussage des Sommerzeugens Berge auf rund 15000 Mk. stellen, im ganzen also mindestens 55000 Mk. gegen deklarierter 18700 Mk. wird gut sein, das endgültige Ergebnis abzuwarten und die durch die Ermittlungsmethode der Regierung der Fällung des Jahres 1918 nicht beeinflusst zu lassen. — Im übrigen betriebe Erzberger-Prozess die Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß sie sich aus einer Unterbrechung der Verhandlungen ergibt. Auch dieses Ergebnis wird man abwarten müssen.

## Graf Posadowski begründet den Antrag der Rechtsparteien — Minister Koch gibt unbestimmte Auskunft

Vizepräsident Dietrich eröffnet die Sitzung

Auf Anfrage Auerer (ll. S.) wird regierungsfreudig geantwortet, daß seitens der Reichsregierung kein Vorhaben zur Durchführung der Reichsversammlung besteht. Auf Anfrage Auerer wird geantwortet, es sei nicht mehr, daß der Reichsminister sich über die Immunität der Abgeordneten hinwegsetze. Ergänzende Fragen des Abg. Auerer werden vom Vizepräsidenten als unzulässig abgelehnt, was dieser als geschäftsbrechend bezeichnet.

Auf Anfrage Auerer (Dn.) wird geantwortet, daß in den Durchgangslagen Druckschriften verschiedener Richtungen ausgehen. Ein Druck auf die Soldaten zur Entnahme von Schriften besonderer Richtungen werde nicht ausgetübt. Deutschnationale Schriften amtlich zu vertreiben, sei nicht angängig.

Auf Anfrage Beder-Weissen (D. W.) wird geantwortet, daß der Entwurf einer Verordnung ausgearbeitet werde, um den Mitgliedern bei einer Verberührung von Grundbesitz entgegenzutreten.

Auf Anfrage Dr. Hermann-Pöhl (Dem.) wird geantwortet, daß die Reichsregierung wegen der Notlage der Preise monatlich 10 Millionen Mark zur Verfügung stelle, vorausgesetzt, daß die Käufer fähiges Geld zur Verfügung stellen. Hierbei kämen Verordnungen.

Auf Anfrage Oberländer (Dn.) wird geantwortet, daß die Reichsregierung den landesvertragsmäßigen Beitreibungen in Schleswig mit aller Energie entgegenzutreten werde.

Auf Anfrage Crelens (Dem.) wird geantwortet, daß die amtliche Pressefreiheit vollständig nur zum Gebrauch der Landeshauptämter, amtlichen Stellen vorbehalten bliebe. Sie soll allmählich wiederholt werden und später allgemein bekanntgegeben werden.

Auf Anfrage Schiele (Dn.) wird geantwortet, daß gegenüber den tumultuöseren Vorparlamenten bei Versammlungen in Potsdam die Reichsregierung der Ansicht ist, daß es Sache der Landesregierungen sei, die Versammlungsfreiheit zu schützen.

Auf Anfrage Frau Woll-Möhl (Soz.) wird geantwortet, daß die Abneigung für die Städtische in Ansopep bei Wien die Erzeugung von Städtischen wieder aufgenommen habe.

Es folgt die Beratung des Antrages Anhalt betreffend Bekämpfung der von Nationalen herkommenden, über die Aufsicht nach vorzulegenden Gegenstände, schleunige Verlegung des Reichsstaatsanwaltschafts usw. Aufhebung der Nationalversammlung mit dem 1. Mai 1920.

Minister Dr. Weizsäcker um größtes Schweregehtungen ist, die Verreichigung der Eisenbahnen in die Wege zu setzen, mit hoch der Nationalversammlung heraus, gegen die Überleitung der Eisenbahnen auf das Reich nun auch gesetzlich so bald wie möglich unter Dach und Fach zu bringen.

Abg. Koch (Soz.): Auch wir wollen die Nationalversammlung nicht eine Minute länger zusammenhalten, als es notwendig ist. Wir müssen im Herbst die Wahlen haben. Aber die nötigen Gesetze müssen sämtlich fertiggestellt sein bis dahin, und der Belagungsstand muß bis dahin aufgehoben sein. Mit den planmäßigen Sitzungen der Versammlungen durch Anhänger der Rechtsparteien hängen die ständischen Vorgänge im Hotel Adlon eng zusammen.

Minister Koch: Vorgelegt werden die nötigen Gesetze dem Hause unter allen Umständen. Es wird an der Arbeitsfreudigkeit des Hauses liegen, ob sie fertig werden.

Abg. Trimborn (Ztr.): Wir sehen Neuwahlen mit großer Ruhe entgegen. Die Nationalversammlung hat verfassungsrechtlich das Recht, selbst für die Bestimmung der Wahlzeit des Reiches zu entscheiden. Es ist eine bringende Aufgabe für die Ernennung, daß die Abstimmungsarbeiten unbedingt vor den Reichstagswahlen erledigt sein müssen.

### Abg. Graf von Posadowski-Wehner (Misch-nat.)

Die Nationalversammlung hatte die Aufgabe, die Verfassung zu schaffen, die dringenden Uebergangsverordnungen und das Wahlgesetz für den Reichstag und für das Reichsoberhaupt. Das würde genügt haben. Statt dessen wird seit 1 1/2 Jahren und nicht weniger wie lange wir noch tagen werden und was uns noch vorgelegt werden soll. Das ist auf die Dauer eine unmögliche Zeit. Das Volk will es nicht länger. Der Antrag ist nicht parteipolitisch, sondern parteiübergreifend ein verfassungsrechtliches. (Sehr richtig) Wir sind nicht gewohnt uns in dem Reichstag der jetzigen Regierung zu legen. Eine Regierung zu bilden, sind wir noch zu schwach, aber in weiten Kreisen des Volkes, sind unter den Rechtsparteien, besteht

eine Entscheidung nach rechts.

(Zuruf: Schöpfung!) Aus parteipolitischen Gründen könnte es sehr erwünscht sein, wenn die Wahl in 6 Monaten stattfinden sollte. Aber der jetzige Zustand ist verfassungsrechtlich. Unser Ziel ist, auf rechtlichem Wege dahin zu streben, daß eine Regierung gebildet wird, in welcher die bürgerlichen Parteien den maßgebenden Einfluß haben. Die Nationalversammlung meint ganz an die Stelle des ersten Reichstages treten zu lassen. Es sollen eben möglichst viel Gegenstände der Resolution unter Dach gebracht werden. Soll etwa aus unter Anwendung der Bestimmungen der Reichspräsidenten nicht vom Volk, sondern von der Mehrheit dieses Hauses ge-

schafft werden? Wir sind mit einer Massengehebung überschüttet worden. Es ist höchst beabsichtigt, neue revolutionäre Grundzüge in die Verfassung einzuführen. Auch die alte Reichsverfassung enthält eine Reihe provisorischer Artikel, aber keiner Partei ist es ehemals eingefallen, die sofortige Durchführung zu verlangen. Nachgehende sind darüber hinweggegangen. (Zuruf: Ja!) Gegen die neue Verfassung ist mit Zustimmung aller Parteien gefahren. (Widerpruch) Die Nationalversammlung ist mit einer Massengehebung überschüttet worden, die gar nicht mehr übersehbar ist, und deren Material kein Abgeordneter mehr wirklich geistig durchdringen kann. Es wird jetzt auf das Gesetz über die Vereinfachung der Eisenbahnen ein Gesetz, gegen das die allerersten Reihen herabgefallen, mit den anderen über die Wahlen gehen. Dieses Verhalten der Regierung ist weiter nichts, als

### Regierungssozialismus, einseitig in parlamentarische Form.

(Rechtliche Zustimmung rechts, Unruhe links.) Die Mehrheit der Verammlung hatte die Friedensbedingungen angenommen. Sie hat durch die Steuererhebung tiefe Eingriffe in das deutsche Wirtschaftleben vorgenommen. Sie hat mit der Verfassung den Rahmen für ein neues deutsches Staatsgebäude geschaffen. Die Steuererhebung trägt nur die Höhe des Steuererhebungs. Die Mitglieder der Nationalversammlung sollten nicht vergessen, daß sie nur die Bausteine sind, die halten das Staatsgebäude zu errichten. Der Wähler aber ist das deutsche Volk und dem muß jede Steigerung gegeben werden, ein Artikel über die Bausteine ihre Pflicht getan haben. Die Bausteine pflegen auch nur das Gebäude zu errichten. Die innere Ausstattung pflegt der Wähler selbst zu besorgen. Die begünstigten Gesetze gehören also nicht der Nationalversammlung, sondern vor den obersten Reichstag. Bei diesem Entschluß vertreten also wir den demokratischen Gedanken. (Lachen bei den Rechtsparteien.) Sie (nach links) betreten den Herrenstandpunkt. (Widerpruch links.) Bei dem Wahlrecht für den ersten Reichstag mußte die Tatsache, daß die öffentliche Meinung unklar wurde oder unklar, in den Rahmen der Verfassung kommen, die eine Zeit lang für den Stand der politischen Stimmung im Lande waren. Es hat längst in England die Wahl von Quoten den Beginn eines vollkommenen Stimmungswechsels signalisiert. Jetzt haben wir diese Wahlmanöver nicht, weshalb man sich ein veränderter Volkswille nicht geltend machen darf. Das Volk muß auf die Entscheidung vorbereitet werden, was es hingedrückt werden. Das Volk will endlich in gesetzlicher Form das

Recht über die Arbeitsleistung der Nationalversammlung abgeben. Es liegt auf dem Interesse der Mehrheit, die im Lande die innere Erzeugung durch Raumordnung zu beschleunigen. Wir sind bereit, die Steuererhebung und das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten auf die Beamtenschaft zu übertragen und einen Artikel zu genehmigen. Das alles kommt am 1. Mai in der Reichstag vor. Der Wahl ist zur Wahl für die Reichspräsidenten eine gewisse Zeit, während der Wahl im Oktober besonders für die Landwirte des Ostens die längere Ungleichheit bieten. Wollten wir noch den Etat für 1920 beraten, so würden wir den ganzen Sommer tagen müssen und das kann man einem Parlament, das fast ohne Unterbrechung seit dem 8. Februar 1919 tagt, bei seiner Arbeitslast und Unklarheit nicht zumuten. (Lachen) Man kann ihm nicht absprechen — nicht zumuten. Im Sommer würden wir hier nur ein

### Keines Rumpfparlament

zusammenhalten, das vielleicht über die schwerwiegendsten Fragen zu entscheiden hätte. Im Lande verkehrt man immer noch nicht, daß der Etat nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt worden ist. Wir werden an natürlichen und kulturellen Aufgaben vieles zurückstellen müssen, wir werden das riesige Wachstum, das sich unter der neuen Regierung gebildet hat, merklich beschränken müssen. Wie hat man früher gegen die Bürokratie gewettert, jetzt ist die Bürokratie im neuen Reich in schrecklicheren Maße verbreitet worden. Es ist eine bringende Aufgabe für das Haus und dem Haushaltswirtschaft, in diese Verhältnisse gründlich hineinzulegen. Die Verwaltung muß auf die einfachste und bestmögliche Grundlage zurückgeführt werden. Allein in der Eisenbahnerverwaltung sind 100 000 Angestellte beschäftigt geworden. Doch wurden 50 000 neu eingestellt. Die Staatsverwaltung für 1920 hat es mit dem

ersten ordentlichen Reichesstat

zu tun, mit der Grundlage für die ganze künftige Reichswirtschaft. Dies kann unter keinen Umständen dieser Nationalversammlung überlassen werden. Die jetzigen Rechtsparteien sollen wie wir sehen, kein Interesse, ein neues Wahlgesetz zu schaffen. Denn auf Grund des bestehenden können sie ja eine Mehrheit erlangen, und das Volk wird sie weiter durch die Wiederwahl sichern, wenn das Volksteil über ihre Leistungen entsprechend ausfällt. Die Hoffnung gegen Sie doch auf, daß Sie in Zukunft die rechte Seite ausfinden werden. Es hat sich brauchen manches geändert, aber

### Resolutionenstempel

ist verfahren. (Sehr richtig) Man hängt an, teilsweise Bemerkungen über die neue Fällung zu hören, die uns im neuen Reich bedient ist. Gegen unseren Antrag wird eingemeldet, man könne nicht unter dem Belagerungsstand die Reichspräsidenten wählen. Das ist ein sehr ernstes, auch einmal anders. Bieleicht hat die Reichspräsidenten, aber, das ist auf: (Lachen) Glauben Sie nicht, daß ich diese handlungslose Kommission mit einem Worte billige. (Sehr gut) Die neue

Wohl hinauszuführen, bis die Abkündigung in Oberfließen vorüber ist, habe ich die Vollkommen angefallen. Wie weit die Annahme begründet ist, ist nicht zu entscheiden. Der Vorteil der Wahlen verbleiben, dann ist nicht beurteilen. Nebenfalls würde auch in solchen Fall erheblich gestärkt werden. Jedenfalls an die Gewalttätigkeiten vorzuführen ist, die die Wahlen betreffen. (Zehr richtig) aber wir wollen, daß in geistlicher Form der Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck kommen und wir hoffen von einer größeren politischen Seite des deutschen Volkes, daß bei uns

**wesentliche politische Veränderungen** eintreten. Die Opposition kann man uns nicht verlangen. Sie ist die wichtigste Erfindung der politischen Freiheit. Im Gegensatz zu der englischen Opposition haben wir nicht fruchtlose Opposition gemacht. Unsere Ansprüche sind zum Teil angenommen worden: leider nicht alle. (Geierfeld)

Unter gegenwärtiger Situation entkommt nicht Partei-politische Opposition, sondern unserer sachlichen Überzeugung. Die

**Nationalversammlung hat ihre Aufgabe erfüllt.** Ihnen will kein Gehör, so wird es doch Verständnis, Zustimmung und Widerspruch in weitesten Volksebenen finden und wie werden alle parlamentarische Mittel anwenden, um dahin zu kommen, daß endlich die Wahlen (Zehr richtig) aber wir wollen, daß es über das geht, was im diese National-versammlung gebracht hat. (Zehrer Beifall)

Als Vertreter der Regierung antwortete Reichsminister Koch: Ich binne mit dem Redner überein, daß es erregt hat, die Arbeiten der Nationalversammlung bald zu einem Schluß zu bringen. (Zehr richtig) Es ist ein unermüdliches Mühen der parlamentarischen Opposition kein Wort nach dem Zusammentritt des Parlaments zu erklären, das sie allein die Willensäußerung des Volkes ausdrückt. Auch im neuen Reichstage wird die Rechte des Volkes (Zehr) Die Beschlüsse ja die Weisheit! Wenn Graf Helldorff sagt, die Regierung werde jetzt zu lange hinausgeschoben, so hängt das aus dem Munde eines Mannes, der für eine Verlängerung der Legislaturperiode des kommenden Reichstages eintritt. Die Zeit, wo das Reichstag des Innern einer unermüdlichen Arbeit ist, das ist die Zeit, wo die Opposition auszusprechen. Wir müssen sie allerdings. Eine Opposition, die sich über den Veranlassung bemüht ist. (Zehr richtig) Es ist nicht ausreichend, was sie jetzt eine absolute Regierung machen. Der Versuch des parlamentarischen Systems ist es möglich, ein unermüdliches Mühen von vornherein mit den Parteien zu beenden und so die Regierung vor einer schmerzlichen Niederlage zu bewahren, wie es beim früheren Reichstag der Fall war. Wenn die Regierung sich nicht über den nächsten Reichstag nicht bestimmt äußern konnte, so lag daran, daß die Wahlen der Nationalversammlung nicht abgebrochen werden und eine Überlieferung nicht möglich war. Die Auslieferungsforderung mußte unbedingt von der Nationalversammlung nicht erledigt werden, da sie eine Folge des von ihr beschlossenen Friedensschlusses ist. Bei Verabschiedung der Verfassung hat Herr Müller betont, seine Partei beschuldigt nicht, die Verfassung der Reichsverträge in irgend einer Form zu verschleiern. Er hat ausdrücklich die Verfassung zugehört. (Zehr) Ich gelte. Die Steuerprobleme nähern sich jetzt dem Ende. Das ist es jetzt möglich, einen Reichstag in Aussicht zu nehmen, unter dem Reichstag, dem nicht nur Reichsminister eintritt, sondern der der Erträge sind die Wahlen nicht möglich. Vor der Ernte die Wahlen abzuhalten erscheint uns gleichfalls nicht möglich, weil nach ein Teil des Landes besetzt ist. Wenn die Wahlen in den Wahlmündigkeiten von der Ernte ausgehen, dann ist es möglich, ein Wahlmündigkeit der nationalen Einheitsfront in den betreffenden Gebieten. (Zehrer Beifall)

Eine durch Parteileidenenschaft gewirkte Bevölkerung kann sich zu Nationalitätswahlen nicht so schnell wieder zusammenfinden. Es würde damit zu rechnen, daß ein solches Geschehen zu vermeiden. Die Verantwortung kann keine Regierung übernehmen. Es ist die Ernte die Wahlen nicht zu, so würde in den Wahlmündigkeiten das Gefühl der Ohnmacht des deutschen Vaterlandes zunehmen.

Es würde eine Entzündung eintreten. Die Abkündigung erfolgt in der nächsten Zeit. Selbst für Guppen und Malmedy werden Wahlen im Herbst möglich sein. Ebenso für Ostpreußen und Westpreußen. Es könnte höchstens Oberfließen noch zurückbleiben. Auf keinen Fall kann die Regierung die Wahlen bereits im Herbst abzuhalten. (Zehr) Ich gelte. Die Wahlen sind im Herbst möglich, dann ist es möglich, ein Wahlmündigkeit der nationalen Einheitsfront in den betreffenden Gebieten. (Zehrer Beifall)

Die Nationalversammlung wird sich bei den Vor-

lagen, die sie überhaupt noch erleben will, möglichst großen Befristungen unterwerfen. Richtig ist es, zunächst das Wahlrecht für Berlin in der Angelegenheit des Reichstages eine Unterlegung über die gegen Professor Nitold zu haben. Die Wahlen vorzunehmen und ist ein Hinweis auf die Befristung gelangt, daß die am weitesten Drage, ob Professor Nitold würdig ist, seine Verantwortlichkeit an der Universität fortzusetzen, wenn er würde nicht.

Die Frage, die aber abzuwarten und in dieser ganz unmissverständlichen Weise beantwortet hat, ist ihm, wie erinnerlich, von dem Kultusminister Gensisch vorgelegt worden, nachdem der Verlust, Herrn Professor Nitold nach seinen mannigfachen Anstrengungen als Lehrer auf unsere akademische Jugend loszusagen, an deren Verhalten gebietet war. Sie lag in Professor Nitold einen „Defertor“ vor, womit die Anklage, die sie gegen ihn vorzubringen haben, auszusagen geteilt sind. Um bei den Worten des Professors Nitold, dessen rednerische und schriftstellerische Tätigkeit nicht nur in akademischen Kreisen (speziell des Reichstages) hervorgerufen, sondern auch in der Öffentlichkeit nach der deutschen Öffentlichkeit auch weiterhin noch mancher hehrer Kampf entzündet, für die Berliner Universität inessen wie für alle übrigen Hochschulen des Deutschen Reiches wird dieser Mann hoffentlich mit der Entsendung des akademischen Senates ein für allemal erledigt sein. Herr Gensisch besitzt vielleicht noch irgendeinen Rest von Ehrgefühl, was über den Willen des akademischen Senates hinwegzusetzen; oder wenn er sie nicht begehrt sollte, so wird er vielleicht verstanden, sie sich beizugehen, wie er es in anderen Fällen schon getan hat. Aber „Zwangsmaßnahmen“ darf ein sozialistischer Minister nicht walten. Wir möchten aber glauben, daß jeder Versuch dieser Art an dem nächstschlossenen Reichstage unter dem Namen „Insubordination“ insbesondere unter akademischen Jugend (Zehr) eintreten würde.

**Das Urteil des Senats.** Der akademische Senat hat folgendes Bescheid: Der von den Studierenden der Universität in mündlicher Beschwerde und durch gewaltsame Hinderung des Unterrichts gegen die Verantwortlichkeit des Professors Dr. Nitold erhobene Einspruch wird damit begründet, daß er durch seine Tätigkeit während des Krieges in abstrakter Weise betätigt und nicht dadurch des Vertriebens unwürdig geachtet habe, daß sein Beruf als akademischer Lehrer erfolbert.

Der Senat der Universität ist zunächst der ordnungswidrigen Handlung der Studierenden in der Schriftlichkeit zu klären. Es ist zu erwarten, daß der Senat der akademischen Senat auf Antrag des Professors Nitold eine Untersuchung der Angelegenheit einleitet. Prof. Nitold hat erklärt, daß er sich der Entsendung des Senates hinsichtlich seiner Würdigkeit zur Fortsetzung seiner Vorlesungen an der Universität in einem Briefe bezieht und die aus dieser Entsendung resultierenden Folgen der Universität gegenüber sich nehmen werde.

Zur Auffassung wurden der Professor Nitold wiederholt sowie der Generaloberst a. D. Dr. Klauer informatorisch vernommen. Ferner fand eine eingehende Prüfung der von Professor Nitold mündlich vorgetragenen, schriftlichen Erklärungen statt. Endlich wurden die Akten des Akademischen Senates über seine Tätigkeit in den baltischen Ländern eingehend.

Vorweg ist zu bemerken, daß bei diesen Ermittlungen, wie bei der Beratung und Befristung ihres Ergebnisses selbstverständlich alles Politische ausgeschlossen war. Die Tätigkeit des Professors Nitold während des Krieges in abstrakter Weise betätigt und nicht dadurch des Vertriebens unwürdig geachtet habe, daß sein Beruf als akademischer Lehrer erfolbert.

Der Senat der Universität ist zunächst der ordnungswidrigen Handlung der Studierenden in der Schriftlichkeit zu klären. Es ist zu erwarten, daß der Senat der akademischen Senat auf Antrag des Professors Nitold eine Untersuchung der Angelegenheit einleitet. Prof. Nitold hat erklärt, daß er sich der Entsendung des Senates hinsichtlich seiner Würdigkeit zur Fortsetzung seiner Vorlesungen an der Universität in einem Briefe bezieht und die aus dieser Entsendung resultierenden Folgen der Universität gegenüber sich nehmen werde.

Zur Auffassung wurden der Professor Nitold wiederholt sowie der Generaloberst a. D. Dr. Klauer informatorisch vernommen. Ferner fand eine eingehende Prüfung der von Professor Nitold mündlich vorgetragenen, schriftlichen Erklärungen statt. Endlich wurden die Akten des Akademischen Senates über seine Tätigkeit in den baltischen Ländern eingehend.

Vorweg ist zu bemerken, daß bei diesen Ermittlungen, wie bei der Beratung und Befristung ihres Ergebnisses selbstverständlich alles Politische ausgeschlossen war. Die Tätigkeit des Professors Nitold während des Krieges in abstrakter Weise betätigt und nicht dadurch des Vertriebens unwürdig geachtet habe, daß sein Beruf als akademischer Lehrer erfolbert.

Der Senat der Universität ist zunächst der ordnungswidrigen Handlung der Studierenden in der Schriftlichkeit zu klären. Es ist zu erwarten, daß der Senat der akademischen Senat auf Antrag des Professors Nitold eine Untersuchung der Angelegenheit einleitet. Prof. Nitold hat erklärt, daß er sich der Entsendung des Senates hinsichtlich seiner Würdigkeit zur Fortsetzung seiner Vorlesungen an der Universität in einem Briefe bezieht und die aus dieser Entsendung resultierenden Folgen der Universität gegenüber sich nehmen werde.

Zur Auffassung wurden der Professor Nitold wiederholt sowie der Generaloberst a. D. Dr. Klauer informatorisch vernommen. Ferner fand eine eingehende Prüfung der von Professor Nitold mündlich vorgetragenen, schriftlichen Erklärungen statt. Endlich wurden die Akten des Akademischen Senates über seine Tätigkeit in den baltischen Ländern eingehend.

Vorweg ist zu bemerken, daß bei diesen Ermittlungen, wie bei der Beratung und Befristung ihres Ergebnisses selbstverständlich alles Politische ausgeschlossen war. Die Tätigkeit des Professors Nitold während des Krieges in abstrakter Weise betätigt und nicht dadurch des Vertriebens unwürdig geachtet habe, daß sein Beruf als akademischer Lehrer erfolbert.

Der Senat der Universität ist zunächst der ordnungswidrigen Handlung der Studierenden in der Schriftlichkeit zu klären. Es ist zu erwarten, daß der Senat der akademischen Senat auf Antrag des Professors Nitold eine Untersuchung der Angelegenheit einleitet. Prof. Nitold hat erklärt, daß er sich der Entsendung des Senates hinsichtlich seiner Würdigkeit zur Fortsetzung seiner Vorlesungen an der Universität in einem Briefe bezieht und die aus dieser Entsendung resultierenden Folgen der Universität gegenüber sich nehmen werde.

Zur Auffassung wurden der Professor Nitold wiederholt sowie der Generaloberst a. D. Dr. Klauer informatorisch vernommen. Ferner fand eine eingehende Prüfung der von Professor Nitold mündlich vorgetragenen, schriftlichen Erklärungen statt. Endlich wurden die Akten des Akademischen Senates über seine Tätigkeit in den baltischen Ländern eingehend.

Vorweg ist zu bemerken, daß bei diesen Ermittlungen, wie bei der Beratung und Befristung ihres Ergebnisses selbstverständlich alles Politische ausgeschlossen war. Die Tätigkeit des Professors Nitold während des Krieges in abstrakter Weise betätigt und nicht dadurch des Vertriebens unwürdig geachtet habe, daß sein Beruf als akademischer Lehrer erfolbert.

Der Senat der Universität ist zunächst der ordnungswidrigen Handlung der Studierenden in der Schriftlichkeit zu klären. Es ist zu erwarten, daß der Senat der akademischen Senat auf Antrag des Professors Nitold eine Untersuchung der Angelegenheit einleitet. Prof. Nitold hat erklärt, daß er sich der Entsendung des Senates hinsichtlich seiner Würdigkeit zur Fortsetzung seiner Vorlesungen an der Universität in einem Briefe bezieht und die aus dieser Entsendung resultierenden Folgen der Universität gegenüber sich nehmen werde.

Zur Auffassung wurden der Professor Nitold wiederholt sowie der Generaloberst a. D. Dr. Klauer informatorisch vernommen. Ferner fand eine eingehende Prüfung der von Professor Nitold mündlich vorgetragenen, schriftlichen Erklärungen statt. Endlich wurden die Akten des Akademischen Senates über seine Tätigkeit in den baltischen Ländern eingehend.

## Das Spiel mit dem Tode

Roman von Lola Stein.

Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Dancker, Berlin.

Die Herren sprachen der jungen Frau zu. Nun müßte sie wieder laden und froh sein und alle Schreden und alle ausgetandenen Angste schnell schnell vergessen. Ein neues und schönes Leben lag ja nun vor ihr, die Vergangenheit mit ihrem Grauen schon überdunnen.

Aber sie konnte es nicht. Sie verlor sich, zu lächeln, einige hoffnungsvolle und dankbare Worte zu sprechen, aber sie alle merkten, wie schwer sie ihr wurden, wie sehr ihre Seele noch unter dem Eindruck des Erlebten stand, wie stark ihr Gemüt noch immer belagert war.

Maja fühlte Raouls besorgte und forschende Blicke immer wieder auf ihrem Antlitz, doch seinen fragenden Augen wich sie aus.

Nach einer Stunde gingen die beiden Herren, Dr. Bronst, Bräutigam sie hinab. Dann lehrte er zu seiner Braut zurück.

Maja lag unbeschäftigt, so, wie sie vor einigen Minuten verlassen. Als er ihr näher trat, sah er, daß sie schwerer in ihren Körper schüttelte, daß ihre Augen wie aus weiter, weiter Ferne zu ihm zu kommen schienen, als er sie anrief.

„Meine Geliebte“, sagte der Mann, „meine süße, süße Geliebte. Wie unglücklich müssen wir leiden, bis wir zueinander kommen können. Meine verrückte Liebe, nun endlich bist du zu mir und ich bin zu dir. Doch heute bestellst du unter Fußstapfen. In wenigen Wochen ist du mein Weib. Und dann fort, fort von hier, auf ewig!“

Maja lächelte, als sie Raouls Bronst's trübem und beglücktem Armen umschlangen, fast wie an seine Brust. „Nicht fort“, murmelte sie, „nicht heute noch. Erst muß ich mich lösen, mich sammeln. Das heißt mich Raoul, daß mir noch Zeit ist diese Zeit.“

## Drohende Kabinettskrise in Italien

Rom, 9. März.

Ministerpräsident Nitti ist gestern morgen zurückgekehrt und wurde am Abend mit einem großen Aufbruch empfangen. Die Zeitungen erklären, man könne bereits vom Vorhandensein einer Kabinettskrise sprechen. Im Senat wurde eine Anfrage eingebracht, um die Gründe kennen zu lernen, die die verschiedenen Regierungen bisher abgelehnt haben, ihren Parlamenten den Vortrag von Saint-Germain zur Ratifizierung vorzulegen.

Er schüttelte das Haupt. „Nein, keine Frist mehr, nun nicht mehr.“ Er wollte ihr alle Zweifel, alle Bedenken und alle Menge von den geliebten Lippen fließen. Aber als er sich herabbeugte zu ihr, die Lippen und starr in seinen Armen ruhte, da sah er, daß ihr die Befinnung geschwunden war.

Maja linderte lag auf dem Krankenlager. Die Erschütterungen, die sie erlebt, waren für ihre junge Natur zu groß gewesen. Ein Nervenzitter marsch sie zu Boden.

Es kamen bange Tage und Nächte und dann, als das Schwerkere darüber war, als das Heiser kam, eine Zeit der völligen Teilnahmslosigkeit, der tiefsten Apathie und Melancholie.

Sie lag ganz still in ihren weißen Kissen, sprach kaum ein Wort, wollte keinen Menschen sehen, mit keinem sprechen, nichts hören, was um sie her geschah.

Sie ließ ihren Verlobten nicht zu sich ins Zimmer, und Raoul Bronstart litt schwer unter diesem neuen Schlage des Geschicks.

Gertrud Lindner ließ es sich nicht nehmen, ihre Schwiegermutter mehrere Male zu besuchen. Sie wollte wissen, wie es um Maja stand, sie wollte hören, was sie zu tun hätte, aber sie wurde immer wieder viel ruhiger und ein wenig fröhlicher geworden, doch nun von neuem unter der Sorge um Maja litt. Sie schaute nicht einmal die Möglichkeit einer Begegnung mit Raoul Bronst, der nun ihr Liebender war, sie fuhr in die weiße Villa. Aber sie sah Maja kein einziges Mal. Denn solange sie lag, ließ sie keinen Menschen zu sich, später aber, als sie wieder aufstand, und im bequemen Zigeunerfuhr auf ihrer Wandertour, kam Gertrud Lindner nicht mehr zu ihr.

Maja fühlte die Rufe, so oft sie es irgend konnte. Sie kam heimlich, denn trotzdem Maja Anstand erwidern, sie ließ sie freigesprochen, wollten ihre Eltern eine Verbindung mehr mit der Mäde und einfließen. Der Entschluß war getroffen, er hoffte Maja's Namen in ihren Augen immer noch an, sie war für diese Wunden tot und vergessen. Auch Gertrud wurde der Verzicht

(Nachdruck verboten.)



